



Bekanntmachung der Ausschreibung des Forschungsinstituts für gesellschaftliche Weiterentwicklung

**Digitalisierung von Arbeit - Industrie 4.0, Integrierende Stadtentwicklung,
Neues ökonomisches Denken, Vorbeugende Sozialpolitik**

Teil 2

Spezieller Teil

c) Neues ökonomisches Denken

Teilnahmeberechtigte: Hochschulen und Forschungseinrichtungen

1. Aufgaben und Ziele des FGW im Themenbereich „Neues ökonomisches Denken“

Die „Krise der Wirtschaftswissenschaften“ hat längst die öffentliche Debatte erreicht. Die jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrisen haben eine wissenschaftliche und gesellschaftliche Diskussion über die Notwendigkeit von neuem ökonomischen Denken ausgelöst. International ist die Öffnung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung für neue interdisziplinäre Denkansätze in vollem Gange. Gleichzeitig werden hierzulande zunehmend Stimmen laut, die mehr ökonomische Bildung und ein eigenes Schulfach „Wirtschaft“ an allgemeinbildenden Schulen fordern.

Zentrale Aufgabe des Themenbereichs „Neues ökonomisches Denken“ des FGW ist es, Pluralismus und gesellschaftliche Relevanz in den Wirtschaftswissenschaften zu fördern. Im Bereich der ökonomischen Bildung soll ein Beitrag zur Demokratisierung des ökonomischen Wissens geleistet werden. Zudem soll untersucht werden, inwieweit das für die sozialwissenschaftliche Bildung grundlegende Kontroversitätsgebot im Bereich ökonomischer Lehr-Lernmaterialien im universitären und im schulischen Kontext besser realisiert werden kann.

Im Rahmen der vorliegenden Ausschreibung sollen Forschungs- und Umsetzungsprojekte in den Bereichen wirtschaftswissenschaftliche Forschung und Lehre an Hochschulen (2.1) und ökonomische Bildung an Schulen (2.2) gefördert werden. Darüber hinaus können Projekte gefördert werden, welche in Politik und Zivilgesellschaft vorherrschende ökonomische Denkmuster erforschen (2.3).

2. Forschungsförderung des FGW im Themenbereich „Neues ökonomisches Denken“

2.1 Wirtschaftswissenschaftliche Forschung und Lehre an Hochschulen

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007 kam für die meisten Ökonom_innen überaus unerwartet. Insbesondere im Bereich der Makroökonomik schienen in den Jahren vor der Krise viele frühere Kontroversen zwischen konkurrierenden Denkschulen weitgehend überwunden. In der Forschung wurden dynamisch-stochastische allgemeine Gleichgewichtsmodelle (*DSGE-Modelle*) dominant, mit denen, basierend auf der Annahme so genannter rationaler Erwartungen, eine Synthese von neuklassischen und neukeynesianischen Ansätzen angestrebt wurde. Abweichungen von analytischen Konventionen im Bereich der Modellierung gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge wurden in vielen referierten Fachzeitschriften kaum mehr zugelassen. Im Bereich der Lehrbücher wurden paradigmensorientierte und politisch-gesellschaftlich eingebettete Darstellungen wirtschaftlicher Zusammenhänge immer seltener. Stattdessen entwickelte sich ein zunehmend einheitlicher Kanon ökonomischer Lehrinhalte, in dem theoretische Kontroversen unterbelichtet blieben. Alternative Ansätze bzw. Paradigmen (z.B. agentenbasierte, evolutorische,

feministische, komplexitätsökonomische, ökologische, postkeynesianische, wirtschaftsethische Ansätze) fanden in Forschung und Lehre kaum mehr Beachtung.

Jenseits der Frage nach der Bedeutung verschiedener Paradigmen gerieten einige wirtschaftspolitisch wie gesellschaftlich relevante Aspekte in Forschung und Lehre ins Hintertreffen. Hierzu gehörten beispielsweise Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung und deren makroökonomische Auswirkungen, die Interaktion von Finanzmarkturbulenzen und makroökonomischer Entwicklung, die Analyse von tiefen, lang anhaltenden Krisen und persistenten Ungleichgewichten, globale Ungleichheit, ökologisch bedingte Wachstumsgrenzen, Arbeitszeitpolitik, geschlechterspezifische Auswirkungen der Wirtschaftspolitik oder die Wirksamkeit fiskalpolitischer Maßnahmen.

Mit den krisenhaften Entwicklungen der vergangenen Jahre ist das Interesse an mehr Vielfalt in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Lehre weltweit zurückgekehrt. Renommiertere Forscher_innen und Institutionen fordern international eine Öffnung der ökonomischen Wissenschaft. In diesem Zusammenhang wurde die Ausrichtung der Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftspolitik in Deutschland von internationalen Ökonom_innen in den letzten Jahren immer wieder als besonders ideologisch und einseitig kritisiert (z.B. in Bezug auf Geld- und Fiskalpolitik, Leistungsbilanzungleichgewichte, Mindestlöhne). Gleichzeitig wird eine prinzipielle Andersartigkeit der deutschen Wirtschaftswissenschaften von prominenten Vertreter_innen vehement bestritten.¹

Der erste Schwerpunkt der Forschungsförderung bezieht sich daher auf Fragen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Lehre an Hochschulen in Deutschland. Beispielhaft sind folgende Fragestellungen für mögliche Forschungs- und Umsetzungsprojekte zu nennen:

- Gibt es einen „Sonderweg“ in der deutschen Wirtschaftswissenschaft? Worin genau besteht er?
- Worin liegen etwaige Hindernisse bzw. konkrete Entwicklungspotenziale für mehr Vielfalt in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Lehre?
- Welche Einstellungen, Kenntnisse und Lehr- bzw. Lernmotivationen weisen Lehrende bzw. Studierende der Wirtschaftswissenschaften (etwa im Vergleich zu anderen Studiengängen) in NRW und in Deutschland (etwa im Vergleich zum Ausland) auf?
- Wie können innovative und pluralistische Lehr-Lernmaterialien im Bereich der Wirtschaftswissenschaften entwickelt werden? Wie können dabei die Potenziale digitaler Medien ausgeschöpft werden (z.B. Planspiele, Computerspiele, Online-Lernplattformen)?

¹ Vgl. zu dieser Kontroverse z.B. Michael Burda: Dispelling three myths on economics in Germany, <http://www.voxeu.org/article/dispelling-three-myths-economics-germany>

2.2 (Sozio-)ökonomische Bildung im schulischen Kontext

Seit einigen Jahren mehren sich Forderungen nach einem größeren Stellenwert von ökonomischer Bildung an allgemeinbildenden Schulen. Gleichzeitig stellt sich die Frage nach der Verankerung von ökonomischer Bildung in schulischen *Curricula* (z.B. Separatfach „Wirtschaft“ in Baden-Württemberg, fächerübergreifender Ansatz in NRW).

Die Frage nach der inhaltlichen Schwerpunktsetzung von ökonomischer Bildung wird kontrovers diskutiert. Ein erster Ansatz stellt die individuelle Entscheidungskompetenz von Schüler_innen unter gegebenen Marktbedingungen in den Mittelpunkt. Diese Perspektive auf die ökonomische Bildung ist verbunden mit Konzepten wie „finanzielle Allgemeinbildung“ (Geldanlage, private Altersvorsorge, Versicherungen etc.), „*entrepreneurship education*“ (Förderung von Unternehmergeist, Wege in die Selbstständigkeit, Unternehmensführung etc.) und allgemeiner Berufsorientierung (Wege auf dem Arbeitsmarkt, Verdienstmöglichkeiten etc.). Ein anderer Ansatz nimmt die sozio-ökonomische oder wirtschaftspolitische Bildung (Globalisierung, Finanz- und Eurokrise, ökonomische Ungleichheit, ökonomische, wirtschaftssoziologische und politökonomische Theorien etc.) in den Blick. Hier geht es insbesondere um die politische Gestaltbarkeit der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Dabei stellt sich auch die Frage nach dem Verhältnis von paradigmatischem Pluralismus in den Wirtschaftswissenschaften und Kontroversität in der (sozio-)ökonomischen Bildung.

Eine zentrale Frage ist, welche Chancen und Herausforderungen sich für die (sozio-)ökonomische Bildung aus der wachsenden Bedeutung von online verfügbaren Lehr-Lernmaterialien ergeben. Seit einigen Jahren ist ein stark wachsendes Angebot von Lehr-Lernmaterialien festzustellen, welches von Interessengruppen (z.B. arbeitgebernahe, gewerkschaftsnahe Institutionen, Unternehmen) kostenlos über das Internet bereitgestellt wird. Die Inhalte solcher Materialien reichen von der finanziellen Allgemeinbildung bis zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragestellungen. Gegenüber traditionellen Schulbüchern haben online verfügbare Materialien den Vorteil, dass sie schnell auf aktuelle politische und ökonomische Entwicklungen reagieren können, welche für den Unterricht relevant sein können. Eine Gefahr besteht aber darin, dass solche Materialien ohne eine angemessene Qualitätskontrolle inhaltliche Defizite aufweisen bzw. inhaltlich einseitig im Interesse der finanzierenden Organisationen gestaltet sein können.

An nordrhein-westfälischen Schulen dürfen Lernmittel nur eingeführt werden, wenn sie zugelassen sind. Einen besonderen Stellenwert nimmt dabei das so genannte Kontroversitätsgebot im Sinne des Beutelsbacher Konsenses ein, wonach Lehr-Lernmaterialien wissenschaftliche und gesellschaftliche Kontroversen auf angemessene Weise widerspiegeln müssen. Welche neuen Herausforderungen ergeben sich hier im Zusammenhang mit frei verfügbaren Online-Materialien?

Im Rahmen des zweiten Schwerpunkts der Forschungsförderung durch das FGW können sowohl fachdidaktische Forschungs- und Umsetzungsprojekte als auch quantitative und qualitative bildungswissenschaftliche Forschungsprojekte gefördert werden. Beispielhaft sind die folgenden Fragestellungen zu nennen:

- Gibt es einen Reformbedarf im Bereich der Kernlehrpläne für sozialwissenschaftliche Fächer an allgemeinbildenden Schulen in NRW im Hinblick auf (sozio-)ökonomische Lehrinhalte?
- Welche Lehr-Lernmaterialien werden von Lehrer_innen im Bereich der (sozio-)ökonomischen Bildung eingesetzt? Welche Einstellungen, Kenntnisse und Lehr- bzw. Lernmotivationen weisen Lehrer_innen im Bereich der (sozio-)ökonomischen Bildung in NRW und in Deutschland auf?
- Wie kann eine angemessene Qualitätskontrolle von Lehr-Lernmaterialien im Bereich der (sozio-)ökonomischen Bildung gestaltet werden?
- Welche Netzwerke bestehen im Bereich der Produzent_innen von ökonomischen Bildungsmaterialien, und welche bildungspolitischen Ziele verfolgen sie?
- Wie können innovative und dem Kontroversitätsgebot verpflichtete Lehr-Lernmaterialien zur (sozio-)ökonomischen Bildung entwickelt werden, welche die Potenziale digitaler Medien ausschöpfen (z.B. Planspiele, Computerspiele, Online-Plattformen)?
- Worin bestehen Potenziale und Probleme von so genannten *Open Educational Resources (OER)* für die (sozio-)ökonomische Bildung an Schulen in NRW und in Deutschland?

2.3 Ökonomisches Denken in Politik und Zivilgesellschaft

Ökonomische Ideen haben eine große Prägekraft für politische und gesellschaftliche Debatten. Analog zu der Frage, welche ökonomischen Lehrinhalte an Universitäten und an allgemeinbildenden Schulen vermittelt werden, lässt sich fragen, wie pluralistisch und kontrovers wirtschaftspolitische Debatten in politischen und zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen geführt werden. In diesem Bereich sind folgende Fragenkomplexe beispielhaft zu nennen:

- Wie pluralistisch ist die journalistische Berichterstattung zu wirtschaftspolitischen Themen?
- Welche Kenntnisse, Einstellungen, Motivationen weisen Journalist_innen in Bezug auf wirtschaftstheoretische und -politische Fragestellungen auf?
- Welche Kenntnisse, Einstellungen, Motivationen weisen Politiker_innen in Bezug auf wirtschaftstheoretische und -politische Fragestellungen auf?
- Wie unterscheidet sich die Gewichtung unterschiedlicher, möglicherweise konkurrierender wirtschaftspolitischer Ziele (etwa niedrige Arbeitslosigkeit, Preisstabilität, solide Staatsfinanzen, außenwirtschaftliches Gleichgewicht) in der deutschen Öffentlichkeit von der in anderen Ländern?

Ihre Ansprechpartnerin in der Geschäftsstelle des FGW ist

Janina Urban

Wissenschaftliche Referentin
Themenbereich Neues ökonomisches Denken

Tel.: +49 (0)211 99457102

E-Mail: janina.urban@fgw-nrw.de